

Frankfurter Handelsblatt.

Wiedergabe und drahtliche Verbreitung der Artikel mit * und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Zig.“ gestattet.

* Die Lage der österreichischen Montanindustrie.

in Wien, 27. September.

Die Geschäftslage der österreichischen Montanindustrie gestaltete sich bis einschließlich 1916 so günstig, daß man allgemein weiteres Anhalten der Kriegskonjunktur erwartete. Doch machten sich bereits Anfang 1917 Anzeichen bemerkbar, die auf den kurz hernach auch tatsächlich eingetretenen scharfen Rückschlag schließen ließen. Im Kohlenbergbau konnte die Förderung in Steinkohlen bis 1916 ununterbrochen gesteigert werden und ging sogar beträchtlich über die Friedensproduktion hinaus. Die Produktionsschwierigkeiten vervielfachten sich jedoch auch im Kohlenbergbau sehr rasch: es fehlte bald an Betriebsmaterial, an Grubenholz, Schmier- und Sprengmitteln; vor allem aber litt die Förderung unter den Arbeiterverhältnissen. Die Kohlenarbeiter verlangten in sehr kurzen Intervallen immer weitergehende Lohnzugeständnisse. Durch die Praxis der Beschwerdekommissionen wurden den Belegschaften Familien- und Kinderzulagen zugesprochen, die von keiner Leistung abhängig sind und auch der Arbeiter selbst steht im Genuß einer Teuerungszulage, die an keine Leistung gebunden ist. Hierdurch wurde das Interesse des Arbeiters an der Entfaltung möglichst hoher Förderungen immer geringer und die individuelle Leistung ging stark zurück. Dem konnte auch die im Vorjahre erfolgte Vermehrung der Belegschaften nicht Einhalt tun, es wurde im Gegenteil der Ausfall in der Kohlenproduktion immer größer. Im laufenden Jahr zeigt sich im Steinkohlenbergbau sogar ein weit größerer Förderausfall gegenüber dem Vorjahre als im Braunkohlenbergbau. Waren die finanziellen Ergebnisse der österr. Kohlenwerksgesellschaften schon im Vorjahre wenig günstige, so sind die Dividendenaussichten für 1918 noch schlechter geworden. Der Absatz in Kohle verringert sich bei den großen Gesellschaften von Monat zu Monat. Die Preispolitik des Arbeitsministeriums, an dessen Zustimmung die Kohlengruben bei Preiserhöhungen seit dem Jahre 1915 gebunden sind, ist darauf eingestellt, Ansuchen um Hinaufsetzung der Grubenpreise nur im Ausmaß der nachgewiesenen Mehrbelastung zu genehmigen. Da nun die österr. Kohlenwerksgesellschaften ganz enorme Opfer für die Versorgung, für Bekleidung etc. der Arbeiter und ihrer Familienangehörigen zu bringen haben, ist heute an einen vollen Ausgleich der erhöhten Gesteinskosten im Wege von Preiserhöhungen für Kohle nicht mehr zu denken, zumal die Gruben Lebensmittel zu immer höheren Preisen zu kaufen genötigt sind, den Arbeitern selbst jedoch nur den Höchstpreis aufrechnen können. Die meisten Aktiengesellschaften in der Kohlenindustrie dürften sonach im Jahre 1918 bei weitem nicht das Ergebnis des Vorjahres erzielen und die zur Ausschüttung gelangenden Dividenden werden wesentlich gekürzt werden müssen.

Trotz der momentan ungünstigen Lage des Kohlenbergbaues treffen einzelne Gesellschaften Vorbereitungen für die Erhöhung der Produktion nach dem Kriege. In Galizien hat man mit den Arbeiten zur Aufschließung der seitens des Landes erworbenen ehemals Schlufusschen Kohlenfelder im Westen des Landes bereits begonnen. Auch ungarisches Kapital sucht sich im galizischen Kohlenbergbau zu betätigen. So wurde vor kurzem mit K 6 Mill. Kapital die Zentral-Kohlenwerks-A.-G. gegründet, die Kohlenfelder im Gebiet der Berghauptmannschaft Krakau abbauen wird. Jedenfalls hat Ungarn großes Interesse an der Vergrößerung der galizischen Steinkohlenproduktion, da diese Kohle für den Export nach Nordungarn in Betracht kommt. Eine wesentliche Ausdehnung der Förderung ist auch bei den galizischen Montanwerken A.-G. Siersza im Zuge. Im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier sind neue Schachtanlagen bei der Alpenen Montangesellschaft in der Gemeinde Herzmanitz (Schlesien) und bei der Dzieditzer Montangewerkschaft im Bau. Die Alpine plant hauptsächlich eine Erhöhung ihrer Koksproduktion; an der Dzieditzer Gewerkschaft ist neustens die Gemeinde Wien beteiligt, die Gaskohle aus den Gruben für die städt. Gaswerke in Wien beziehen will. Von den sonstigen Gewerkschaften des Reviers haben in der Kriegszeit hauptsächlich die Oesterr. Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft, die Witkowitz Gruben und die Graf Wilczekschen Gruben umfangreiche Investitionen, u. a. auch zur Erhöhung der Nebenproduktengewinnung bei den Koksanstalten durchgeführt. Im nordwestböhm. Braunkohlenrevier sind in der Kriegszeit viele bisher brachgelegene Zechen in Betrieb gekommen. Die Nachfrage in Kohlenfeldern ist in diesem Revier besonders seitens der Industrie noch immer sehr stark. Ueberhaupt haben sich in Oesterreich in der Kriegszeit zahlreiche Industriebetriebe eigene Kohlengruben angegliedert; viele Industriegesellschaften mußten sich allerdings mit dem Ankauf von Freischurfterrains oder Grubenfeldern begnügen. Derzeit besitzen z. B. alle Stahlwerke,

wie Poldihütte, Skoda, Bleckmann, Schoeller, Böhler etc. ihre eigenen Kohlengruben. Aber auch die chemische Industrie, die Mineralölraffinerien, die Glasfabriken und die Brauereien erwerben fortgesetzt Grubenfelder, namentlich im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet. Der Preis für Kohlenfelder ist infolge der großen Nachfrage bereits enorm gestiegen. Die meisten Kohlenbergbau-Gesellschaften verfügen über eine große Zahl unaufgeschlossener Freischürfe und haben jedenfalls aus diesem Besitz einen ganz gewaltigen Vermögenszuwachs zu verzeichnen. Allerdings ist dieser Zuwachs nur ein bedingter: Bekanntlich wird das sogenannte Kohlengesetz die Aufhebung der Bergbaufreiheit auf Kohle bringen. Sämtliche Kohlenfreischürfe müssen innerhalb einer bestimmten Frist zur Verleihung gebracht sein, widrigens sie dem Staate anheimfallen.

In der österreichischen Eisenindustrie sind die Verhältnisse gleichfalls ungünstiger geworden. Auch in der Roheisen- und Stahlproduktion konnten bis inkl. 1916 sogar Rekordziffern erreicht werden. Dann aber verschlechterten sich die Verhältnisse infolge der unwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse und der Brennstoffnot von Monat zu Monat. Die Kohlenbelieferung ist seit 1917 unregelmäßig, die Werke sind nicht in der Lage ihre Anlagen voll auszunutzen. Am günstigsten liegen die Verhältnisse noch bei der Oesterr. Berg und Hüttenwerks-Ges. und dem Eisenwerke Witkowitz. Bei der Alpenen Montangesellschaft, deren einzelne Betriebe auch jetzt noch zeitweise feiern, und bei der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft ist jedenfalls mit einem weiteren Gewinnrückgang zu rechnen. Die eisenverarbeitenden Betriebe leiden naturgemäß unter dem Brennstoffmangel nicht weniger. Dazu kommt bei diesen Werken, daß auch die Zuweisung von Eisen viel zu wünschen übrig läßt. Die gesamte Eisenindustrie hat auch fortwährend über die Arbeiterverhältnisse zu klagen. Die Eisenarbeiter verlangen z. B. wieder Lohnerhöhungen bis zu 50 pCt., nachdem die Werke erst die Differenz bei der Mehl- und Brotpreiserhöhung auf sich genommen haben. An eine Stabilisierung der Eisenpreise ist bei diesen Verhältnissen wohl kaum zu denken, zumal dies schon die in sehr kurzen Intervallen erfolgende Hinaufsetzung der Kohlen- und Kokspreise ausschließt. Die großen Eisenwerke halten sich an die letztfestgesetzten Eisenrichtpreise nicht mehr gebunden, da ein Verkauf zu denselben bereits einen Verlust bedeuten würde. Es wird daher bei der demnächst stattfindenden Ueberprüfung der Eisenrichtpreise eine Hinaufsetzung derselben nicht zu vermeiden sein. Zur Erlassung von Höchstpreisen für Eisen dürfte es kaum kommen, da die Verschiedenheit in den Gesteinskosten der Eisenwerke, die ja heute schon in zwei Gruppen geteilt sind, immer größer wird. Andererseits hätte insbesondere die Heeresverwaltung großes Interesse an der Erstellung einheitlicher Höchstpreise für Eisen.